Antrag 308/I/2023
Daniela Milutin, Timo Schramm, u.a.
Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir wollen Berlin zur Einbürgerungsstadt Nr. 1 machen

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats des Abgeordnetenhauses sowie den SPD-Landesvorstand dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass bei den laufenden Haushaltsverhandlungen, ausreichend Mittel für ein funktionierendes Einbürgerungslots:innen-programm und für eine den Migrant:innencommunities gegenüber beteiligungsorientierte Einbürgerungskampagne des Landes für die Jahre 2024/25 sichergestellt werden. Um beides dauerhaft zu gewährleisten, müssen auch personelle Ressourcen in der Innen- oder in der Integrationsverwaltung hinterlegt werden, damit beides professionell organisiert und begleitet werden kann sowie Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden.
Ebenso müssen Strukturen und deren Finanzierung für interkulturelle Öffnungsprozesse im Landeseinbürgerungszentrum sichergestellt werden, die eine Reflektion des Personalmanagements und diversitätsorientierte, migrationsgesellschaftlich ausgerichtete Öffnungsprozesse gemäß Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) und dem Berliner Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG) sowie Fortbildungen im Bereich Diversity-Training für alle Ebenen der neuen Einbürgerungsbehörde gewährleisten. Den Empfehlungen des Rundschreibens von SenFin IV Nr. 24 (2023) über Diversity-Trainings/Fortbildungen gemäß § 11 Absatz 4 Landesantidiskriminierungsgesetz sind dabei Folge zu leisten. Um einen bewusst diskriminierungsfreien Kontakt mit einbürgerungswilligen Bürger:innen zu befördern, ist im Landeseinbürgerungszentrum die Rahmendienstvereinbarung zum LADG zügig umzusetzen und sind niedrigschwellige, diversitätsorientierte Beschwerdestrukturen einzurichten. Auch dazu muss die Finanzierung im laufende Haushalt sichergestellt werden.

Begründung
2021 hat sich Berlin mit der SPD auf den Weg gemacht die bisherige Einbürgerungspolitik zu ändern. Berlin soll nicht mehr Schlusslicht bei Einbürgerungen sein, sondern ein Vorbild mit einem interkulturell aufgestellten Landeseinbürgerungszentrum (LEZ). Die Idee: Wer hier dauerhaft lebt, soll volle Bürgerrechte genießen und dafür nicht als jahrelanger Bittsteller den Behörden hinterherrennen, sondern von einer vorbildlichen Behörde als Mensch mit vollen Bürgerrechten willkommen geheißen werden. Unser Ziel: Einbürgerungen müssen von einem verwaltungstechnischen Ärgernis zu einer sozialdemokratischen Erfolgsgeschichte werden.

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Die Innenverwaltung ist derzeit dabei, dieses LEZ zu errichten. Denn auch Schwarz-Rot sieht ein LEZ vor. Wichtig ist, dass es interkulturell errichtet wird, auch wenn dies nunmehr nicht im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist. Denn der Wille zur Einbürgerung kommt nicht automatisch; wir müssen proaktiv etwas dafür tun und Menschen auf Augenhöhe ansprechen. Wenn das Landeseibürgerungszentrum Anfang 2024 startet, sollen zunächst die tausenden liegen gebliebenen Anträge aus den Bezirken abgearbeitet werden. Es wird sicher ein Jahr dauern, bis das LEZ voll durchstartet und dann ab 2025 jährlich mindestens 20.000 Menschen einbürgert. Damit das gelingt, muss bereits 2024 eine Einbürgerungskampagne mit den Migrant:innencommunities entwickelt und vorbereitet und Einbürgerungslots:innen geworben und geschult werden, damit es 2025 voll los gehen kann.

Sowohl die Kampagne als auch die Lots:innen müssen von Profis aus der Verwaltung dauerhaft organisiert, geteamt, begleitet und geschult werden. Dafür braucht es Seminare, Veranstaltungen und einen regelmäßigen Austausch mit Vertreter:innen aus der Lebenswirklichkeit der Migrant:innen: Migrant:innenvereine, Arbeitgebervertreter, Schulleitungen und Gewerkschaften. Einbürgerungen, Demokratie und volle Bürgerrechte müssen überall dort Thema sein, wo die Menschen täglich sind: Auf der Arbeit, in der Ausbildung, in der Schule, im Verein. Ein neu aufgestelltes Team in der Innen- oder in der Integrationsverwaltung muss dafür sorgen, dass das Thema Einbürgerungen gesellschaftlich verankert wird.

Noch ist die Motivation sich einzubürgern in Berlin vergleichsweise gering. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wird aber mehr Antragsberechtigte nach kürzerer Aufenthaltszeit generieren. Um sie spätestens ab 2025 proaktiv zu erreichen, muss das LEZ diversitätsorientiert aufgestellt werden. Für die Personalrekrutierung als auch die Behördenkultur bedeutet das, dass Strukturen und Prozesse so aufgestellt sein müssen, dass Führungskräfte als auch Sachbearbeiter:innen die vielfältige Gesellschaft wiederspiegeln. Das Landeseinbürgerungszentrum muss Menschen auf Augenhöhe erreichen, um die Ziele einer mindestens Verdreifachung der Einbürgerungszahlen zu erzielen. Dies vorausgesetzt und mit einem proaktiven Lots:innenprogramm sowie einer beteiligungsorientierten Einbürgerungskampagne, die professionell begleitet werden, wird die Arbeit des Landeseinbürgerungszentrums Früchte tragen und Berlin von einem der Schlusslichter zum bundesweiten Vorreiter für Einbürgerungen werden.

Wenn uns die Entwicklung und Implementierung dieser Maßnahmen in 2024 und die Umsetzung in 2025 gelingt, etablieren wir mit Blick auf 2026 eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Damit uns das gelingt, müssen Gelder und Personal im laufenden Haushalt eingestellt werden.